

2006, Ausgabe Nr. 7

27.05.2006

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Sanierungsfall Nordparkteich

Verwaltung und Politik üben sich in Symptombekämpfung



„Statt die Ursachen zu beseitigen, üben sich Verwaltung und Politik in der Symptombekämpfung“. Diese Kritik äußern die GRÜNEN nach Vorstellung des Sanierungskonzeptes für den Nordparkteich im Umweltausschuss.

Ein von der Verwaltung beauftragtes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der Phos-

phatgehalt des Nordparkteiches bedenklich hoch ist. Er überschreitet die zulässigen Grenzwerte um ein Vierfaches, wodurch es zu einer massenhaften Vermehrung von Blaualgen und in deren Folge zu einer Sauerstoffverarmung des Gewässers kommen kann. Im vergangenen Herbst waren hierdurch 64 Enten gestorben. Um ein erneutes Massensterben zu verhindern, schlägt die

Verwaltung vor, Phosphatbindemittel mit einem Boot auf dem See auszubringen. Die sogenannte „Phosphatausfällung“ wird in der Regel in Klärwerken angewandt. Aluminium- und eisenhaltige Flockungsmittel binden dabei das überschüssige Phosphat und sinken zu Boden. Die richtige Dosierung und gleichmäßige Verteilung in natürlichen Gewässern ist jedoch, wie die

Verwaltung in ihrer Ausschussvorlage selbst schreibt, schwierig: „Es gibt wegen der komplexen und noch nicht völlig geklärten Wirkungsmechanismen keine Standardrezepturen für natürliche Gewässer. Erfahrungen aus der Trinkwasser- und Abwasseraufbereitung lassen sich nicht einfach übertragen.“ Die Kosten für die Phosphatausfällung per Boot beziffert die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Was löst ein hoher Phosphatgehalt im Teich aus...

Für einige Algen, vor allem Blaualgen (Cyanobakterien), ist Phosphat ein limitierender Wachstumsfaktor. Durch das erhöhte Nährstoffangebot an Phosphat kann es zu einem Massenwachstum der Algen kommen („Algenblüte“). Aus einem Gramm Phosphat können etwa 100g Biomasse in Form von Algen gebildet werden. Das Wasser wird dadurch so stark getrübt, dass nur in den oberen Schichten genug Licht für Photosynthese vorhanden ist. Die Algen in den unteren Schichten sterben ab und werden durch Bakterien zersetzt. Bei diesen Zersetzungsprozessen wird sehr viel Sauerstoff verbraucht.

Bakterien und Pilze können auch bei Sauerstoffmangel überleben, Tiere ersticken. Hinzu kommt, dass Bakterien unter anaeroben Bedingungen Giftstoffe wie Schwefelwasserstoff (H_2S) oder Ammoniak (NH_3) freisetzen, so dass Tiere, die nicht erstickt sind, vergiftet werden. Durch das Zersetzen von Tierkadavern werden noch mehr schädliche Substanzen für die Organismen im See freigesetzt. Der See "kippt um".

Um das Umkippen zu verhindern, müssen die Einträge von Nährstoffen wie Phosphat oder auch Nitrat in die Gewässer also möglichst klein gehalten werden.



(Fortsetzung von Seite 1)
Verwaltung auf 10.000 Euro.

Trotz des völlig ungewissen Erfolges begnügte sich die Ausschussmehrheit, bestehend aus SPD, CDU und BIG, mit diesem zweifelhaften und zudem kostspieligen Sanierungsvorschlag, ohne die Gründe des hohen Nährstoffeintrages zu hinterfragen. Welchen Einfluss hierbei die angrenzende Kleingartenanlage, die landwirtschaftlichen Flächen oder das intensive Füttern von Enten und Fischen haben, blieb somit offen. Der Antrag der GRÜNEN, den Ursprung des Nährstoffeintrages genauer zu untersuchen, wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Auch über den Fischbestand schwieg sich die Verwaltung aus, obwohl der Gutachter als Alternative zur der chemischen Behandlung des Gewässers auch die so-



nannte „Biomaniipulation“ - also die Regulierung der seeinternen Nahrungsketten - vorschlug. Der Angelverein nutzt den Nordparkteich zur Ausübung des Angelsportes und nimmt auch den Fischbesatz vor. Laut des mit dem Verein abgeschlossenen Fischereipachtvertrags muss dabei ein Verhältnis zwischen Friedfischen und Raubfischen von 70 zu 30 gewahrt bleiben, um das biologische Gleichgewicht des Gewässers zu stützen. Ein zu hoher Besatz an Weißfischen dezimiert das tierische Plankton zu stark, was wiederum die massenhafte Vermehrung von Algen begünstigt. Die von den GRÜNEN geforderte komplette Abfischung des Nordparkteiches wurde jedoch vom Ausschuss abgelehnt. Auch eine regelmäßige Kontrolle des Fischbestandes durch einen

unabhängigen Fachmann, um ein ausgewogenes Verhältnis von Fried- zu Raubfischen sicher zu stellen, wollte die Ausschussmehrheit entgegen dem Plädoyer der GRÜNEN nicht veranlassen.

Um die Fütterung von Enten und Fischen zu erschweren, die ebenfalls als ursächlich für den hohen Nährstoffgehalt gilt, schlugen die GRÜNEN als weitere Maßnahme eine dichtere Ufer-

bepflanzung vor. Damit soll der direkte Zugang zum Gewässer erschwert werden. Der Versuch einer Uferbepflanzung, so die Verwaltung, sei in der Vergangenheit jedoch gescheitert, da die Bepflanzung von den Fi-

schen abgefressen wurde. Zur Erinnerung: Die Verwaltung sieht keinen Grund, den Fischbestand zu regulieren! Auch dem grünen Antrag, ein Uferbepflanzungskonzept zu erarbeiten, wollte der Ausschuss nicht folgen.

Zu hoher und unausgewogener Fischbestand, Fütterung und ungeklärter Nährstoffeintrag durch den Zulauf bleiben als Probleme demnach bestehen. In Folge wird sich die Eutrophierung des Nordparkteiches Jahr für Jahr wiederholen. Statt sich um die Ursachen zu kümmern, behandeln Verwaltung und Ausschussmehrheit lediglich die Symptome. Damit ist dem Gewässer jedoch nicht geholfen.

→ [Wikipedia: Ökosystem See](#)

→ [Vorlage der Stadtverwaltung](#)



Was forderten die GRÜNEN zur Teichsanierung?

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN schlug folgenden geänderten Beschlussentwurf im Umweltausschuss vor:

1) In Kooperation mit den Angelsportvereinen soll der Nordparkteich komplett abgefischt werden.

2) Eine Ergänzung des Fischereipachtvertrages (§9) soll mit dem Ziel geprüft werden, das hierin angestrebte Bestandsverhältnis von Friedfischen zu Raubfischen (70 zu 30 Prozent) regelmäßig - mindestens alle drei Jahre - durch einen unabhängigen Fachmann kontrollieren zu lassen (zum Beispiel durch eine Elektroabfischung). Die Kosten hierfür soll der Pächter tragen. Über die Möglichkeiten dieser Ergänzung ist der Ausschuss zeitnah zu informieren.

3) Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für ein Uferbepflanzungskonzept mit dem Ziel zu erstellen, den Zugang zum Gewässer zu erschweren.

4) Die Ursachen des Nährstoffeintrages durch den Zulauf zum Nordparkteich sind zu analysieren, dem Ausschuss darzustellen und Präventionsmaßnahmen vorzuschlagen.

Gute Gründe für Brauchtumsfeuertverordnung

Zur Diskussion über die von der Verwaltung erarbeitete Brauchtumsfeuertverordnung nimmt Grünen-sprecher Bernd Lehmann wie folgt Stellung:

Von CDU und BIG wird hier das Bild eines bürokratischen Monstrums gezeichnet, dabei kommt die Verwaltung mit der gerade mal dreiseitigen Verordnung nur ihrer Regelungsmöglichkeit gemäß dem Landesimmissionsschutzgesetz nach. Für die Brauchtumsverordnung gibt es zudem drei überzeugende Gründe:

1) Schutz vor Feinstäuben:

Durch das Verbrennen der Osterfeuer steigt die Feinstaubbelastung schlagartig an. Feinstäube können Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankheiten bis hin zu Krebs verursachen. Nach Angaben der EU-Kommission ist Feinstaub die Ursache für europaweit rund 288.000 vorzeitige Todesfälle, davon in Deutschland rund 65.000. Nach einer Studie der WHO aus dem Jahr 2004 sind insbesondere auch Kleinkinder von den Feinstaubbelastungen betroffen. Durch die Einschränkung der vielen kleinen, heute schon unzulässigen privaten Feuer kommt die Verwaltung ihrer Pflicht zur Luftreinhaltung nach.

2) Schutz von Tieren:

Die klare Anweisung, das Brauchtumsfeuer vor Verbrennung umzuschichten, kann Tiere vor einem grausamen Flammentod schützen. Gerade die kirchlichen Verbände, die sich für die uneingeschränkte Ausübung des Brauchtums einsetzen, werden den Schutz der Schöpfung kaum als unnötigen Bürokratismus abstempeln. Zumal die Verwaltung sogar hinter den Forderungen des Veterinäramtes zurück bleibt, die aus tierschutzrechtlichen Gründen ein mehrmaliges Umschichten forderte.

3) Schutz vor Brandunfällen:

Die klaren Regeln der Verordnung, die Anzeigepflicht, die Benennung eines Verantwortlichen und die Aufsichtspflicht, trägt dazu bei, Unfällen vorzubeugen und die Gefahr eines Brandübertritts auf Gebäude oder Bäume zu minimieren. Ist das Kind erst in den Brunnen bzw. ins Feuer gefallen, wird schnell die Frage nach möglichen Verantwortlichen laut werden. Die Verordnung ist demnach auch eine sinnvolle Präventionsmaßnahme,

damit das Brauchtum nicht nur fröhlich, sondern auch sicher gepflegt wird.

Sicherlich kann man über erforderliche Mindestabstände reden. Aber sinnvolle Regelungen nur deswegen abzulehnen, weil die CDU sich im Rausche ihres Bürokratieabbauwahns weigert, Verordnungen zu erlassen, ist undifferenziert und unsachlich. Die GRÜNEN werden der Brauchtumsverordnung jedenfalls zustimmen.



Das Osterfeuer als Brauchtum

Aus dem Inhalt der umstrittenen Brauchtumsverordnung:

Definition: Brauchtumsfeuer sind Feuer, deren Zweck nicht darauf gerichtet ist, pflanzliche Abfälle durch schlichtes Verbrennen zu beseitigen.

Wer darf Brauchtumsfeuer ausrichten? Eine in der Ortsgemeinschaft verankerte Glaubensgemeinschaft, Organisation oder ein Verein, wenn diese das Feuer unter dem Gesichtspunkt der Brauchtumpflege ausrichten und das Feuer im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung für jedermann zugänglich ist.

Anzeigepflicht: Brauchtumsfeuer müssen spätestens zwei Wochen vor ihrer Durchführung der örtlichen Ordnungsbehörde angezeigt werden. Dabei muss eine verantwortliche Person genannt und u.a. eine Handynummer, unter der diese erreichbar ist, angegeben werden.

Was darf verbrannt werden? Im Rahmen sog. Brauchtumsfeuer darf ausschließlich raucharmes, trockenes, unbehandeltes und Natur belassenes Holz zum Verbrennen verwandt werden. Das Verbrennen von beschichtetem/behandeltem Holz (hierunter fallen auch behandelte Paletten, Schalbretter usw.) und sonstigen Abfällen (z.B. Altreifen) ist verboten. Andere Stoffe, insbesondere Mineralöle, Mineralölprodukte oder andere Abfälle dürfen weder zum Anzünden noch zur Unterhaltung des Feuers genutzt werden.

Tierschutz: Das Brennmaterial ist aus Gründen des Tier- und Artenschutzes am Tag des Verbrennens umzuschichten.

Abstände: Von Gebäuden und Wäldern muss ein Abstand von 100 m eingehalten werden. Abweichungen hiervon sind möglich.

Aufsichtspflicht: Das Brauchtumsfeuer muss ständig von zwei Personen, die mindestens das 18. Lebensjahr vollendet haben, beaufsichtigt werden. Diese Personen dürfen den Verbrennungsort erst dann verlassen, wenn das Feuer und die Glut erloschen sind. Bei einem aufkommenden starken Wind ist das Feuer unverzüglich zu löschen.

Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

„Durch die Einschränkung der vielen kleinen, heute schon unzulässigen privaten Feuer kommt die Verwaltung ihrer Pflicht zur Luftreinhaltung nach.“



Vom Tierschützer zum Rechtsradikalen

[22.04.06] Unter dem Deckmäntelchen eines ökologischen Anliegens war er bei den Wahlen zum Gladbecker Stadtrat 2004 mit seiner „Tierschutzpartei“ angetreten. Anderthalb Jahre später betreibt Frank Bresonik ungeniert Öffentlichkeitsarbeit für die rechtsradikalen „Republikaner“. 123 Gladbecker, die ihm seinerzeit in gutem Glauben an tierschützerische Motive ihre Stimmen gegeben haben, dürften entsetzt sein.

Schon im Vorfeld der Kommunalwahl hatten die Grünen vor einer Stimmabgabe für die so genannte Tierschutzpartei ge-

warnt. Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann: „Tierschutzbelange waren bei uns schon immer am besten aufgehoben. Die Politik der ehemaligen grünen Ministerinnen Höhn oder Künast hat das bewiesen. Viele der GladbeckerInnen, die dennoch aus lauterer Motiven seinerzeit die Partei von Herrn Bresonik gewählt hatten, müssen sich betrogen fühlen.“

Als Bresonik 2005 mit der Tierschutzpartei für die Landtagswahl antreten wollte, sammelte er die hierfür notwendigen Unterschriften. GRÜNEN-Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann: „Auch aktive Grüne

trugen sich in die Listen ein, um einer demokratischen Partei die Möglichkeit zu geben, bei den Wahlen anzutreten. Im Nachhinein zu erfahren, dass man seine Unterschrift einem Rechtspopulisten anvertraute, ist besonders bedauerlich.“

Für die Grünen ist klar, dass rechtsradikale Gruppierungen - in welcher personellen Zusammensetzung auch immer - in Gladbeck keinen Nährboden finden dürfen. Herrmann: „Wir werden alles daran setzen, dass dieses krude Häuflein Ewiggestriger bei uns auch in Zukunft keine politische Rolle spielt!“



Kümmert sich jetzt nur noch um den deutschen Schäferhund: Frank Bresonik

Unsere grüne Agenda für Tiere

Der Tierschutz hat einen größeren politischen Stellenwert erreicht – dank zahlreicher Initiativen von Bündnis 90/Die Grünen und der unermüdbaren Arbeit der Tierschutzverbände.

An diesem Engagement werden wir festhalten. Die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz als Staatsziel hat die rechtlichen Voraussetzungen hierfür verbessert.

Eine "Agenda für Tiere" kündigte Renate Künast am 4. Juni 2005 auf dem Tierschutztag des Deutschen Tierschutzbundes in Braunschweig an. Sie betonte: "Tierschutz und eine gute Tierhaltung in der Landwirtschaft sind kein Luxus!". Drei Säulen bilden das Fundament unserer bündnisgrünen Tierschutzpolitik:

1. Die Lebensqualität der Tiere!

Den tierschutzpolitischen Aktivitäten von Bündnis 90/Die Grünen und dem unermüdbaren Engagement der vielen haupt- und ehrenamtlichen Tierschützerinnen und Tierschützer ist es zu verdanken, dass sich die Situation der Tiere in unserem Land zum Besseren verändert hat. Hierfür stehen u. a.:

- Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz und in der EU-Verfassung,
- Umstellung der Agrarförderung in Richtung eines besseren Tierschutzes,
- Verbot der Käfighaltung für Legehennen,
- Verhinderung der massiven Verschlechterung der europäischen Transportzeitenregelung und der Beladungsdichten für lebende Tiere,
- Förderung von Tierversuchersersatzmethoden,
- neue Richtlinien für die Durchführung von Tierbörsen,
- neue Richtlinien für die Haltung von Pelztieren.

Weitere Ziele unserer "Agenda für Tierschutz" sind:

- Importstopp für Hunde- und Katzenfelle,
- Neuregelung des Schächtens in Anlehnung an die Initiative Hessens,
- Zentralregister und Durchsetzung des Artenschutzes für Wildtiere im Zirkus,
- Verbot des kommerziellen Walfangs,
- Novellierung des Jagdrecht,
- Verbindliche Regelungen für die Haltung von Heimtieren,
- gerichtlich einklagbare Rech-

te für Tiere.

2. Tiergesundheit ist Menschengesundheit

Tiergesundheit und Menschengesundheit sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Gesunde Lebensmittel gibt es nur von gesunden Tieren! Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft haben zu vielen Krisen geführt – angefangen bei der BSE-Krise bis hin zu Hormonen und Antibiotika im Tierfutter bis zu Lungenentzündungen bei Schweinen und der Papageienkrankheit bei Geflügel. Deshalb setzen wir auf Prävention. Das spart Kosten für unser Gesundheitssystem und hilft den Tieren. Die Tierhalter brauchen mehr Wissen über ihre Tiere und müssen sich für diese mehr Zeit nehmen. Wir wollen keinen symbolischen Tierschutz, sondern praktische Fortschritte für die Tiere.

3. Tierschutz schafft Arbeitsplätze

Tierschutz ist aus unserer Sicht ein so genanntes "hartes" Politikfeld, denn er sichert und schafft Arbeitsplätze. Tierschutz ist Faktor einer modernen Standortpolitik. Der Trend ist klar – Qualität statt Massenproduktion!

Renate Künast äußerte hierzu: "Die Gegner unserer Tierschutzpolitik haben das noch nicht begriffen. Sie versuchen immer noch, zurückliegende Fehlinvestitionen in die Käfighaltung zu verteidigen. Da kann ich nur sagen: Innovation und Arbeitsplätze entstehen in Deutschland woanders! Und zwar dort, wo an den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher angesetzt wird. Denken Sie nur an den aktuellen Boom der ökologischen Landwirtschaft und der regionalen Produkte; an die Vielzahl von Kochsendungen, die genau hier drauf achten. Qualität, Glaubwürdigkeit und Transparenz statt anonymer Massenware, das schafft Arbeit in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen." Nicht nur die Landwirtschaft, auch die Verbraucherinnen und Verbraucher sind gefordert. Unsere Einkaufstaschen sind ein Machtinstrument. Durch unsere Kaufentscheidung stimmen wir täglich darüber ab, welche Produkte und welche Produktionsprozesse sich auf dem Markt rechnen und durchsetzen. "Tierschutz – made in Germany" kann und muss zum Markenartikel und zum Exportschlagwerd werden.

+++ Mitteilungen aus der Stadtverwaltung +++

Erfolgreiche Zwischenbilanz von ÖKOPROFIT

Im zweiten interkommunalen ÖKOPROFIT-Projekt der Städte Gelsenkirchen, Gladbeck und Herne wurde jetzt eine erste Bilanz gezogen. Die teilnehmenden Unternehmen haben ihre bisherigen Aktivitäten und Erfolge präsentiert. Auch dieses Jahr zeichnet sich schon zur Halbzeit ein sehr erfolgreicher Verlauf ab.

Bereits vor sieben Monaten startete das mittlerweile zweite ÖKOPROFIT-Projekt der Städte Gelsenkirchen, Gladbeck und Herne offiziell. Seit her engagieren sich 13 Unternehmen aus der Region für den lokalen Umweltschutz – und sparen dabei noch jede Menge Geld. Schon jetzt wird deutlich: Die jetzige „Runde“ der ÖKOPROFIT Betriebe kann

an die Erfolge ihrer Vorgänger anknüpfen. Dies rechnet sich durch aktiven Umweltschutz auch finanziell: konkret sparen die Unternehmen Energie, Wasser und Rohstoffe ein! Erste Projekte sind z.B. verbesserte Mülltrennung in vielen Betrieben, Optimierung von Lüftungsanlagen, Einsatz von Energiesparleuchten aber auch die Optimierung von Wegfahrten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gründe für den Erfolg sind die Mischung aus gemeinsamen Workshops und individueller Beratung. Sie schafft eine kreative Atmosphäre, in der die Unternehmen konstruktiv miteinander arbeiten und durch die Berater kompetent unterstützt werden. Umfassende schriftliche Unterlagen helfen

bei der Erhebung betriebseigener Daten, z.B. zu Energieverbrauch oder Abfallaufkommen, und damit bei der Auswahl und Analyse der Bereiche mit besonders hohen Einsparmöglichkeiten.

Auch dieses Projekt wird mit Mitteln des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Aus Gladbeck nehmen die Unternehmen Glasrecycling Reiling und Sonnen-Bäcker teil. Nähere Auskünfte gibt es im Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21, Dr. Dieter Briese, Tel. 02043/99-2610 oder im Referat für Wirtschaftsförderung, Jörg Köppen, Tel. 02043/99-2428



Zum zweiten Mal sparen Gladbecker Unternehmen mit ÖKOPROFIT Geld und schonen die Umwelt.

Viele Angebote zur Fußball-Weltmeisterschaft

Nicht einmal mehr zwei Wochen bis zur WM und damit auch nur noch 13 Tage bis zur Übertragung des WM-Eröffnungsspiels auf der Großbildleinwand in der Mathias-Jakobs-Stadthalle. Drei weitere Spiele werden bis jetzt sicher übertragen:

Freitag, 9. Juni 18 Uhr:
Deutschland - Costa Rica,
Mittwoch, 14. Juni, 21 Uhr:
Deutschland – Polen,
Dienstag, 20. Juni, 16 Uhr:
Ecuador – Deutschland und
Sonntag, 9. Juli, 20 Uhr das
Finale hoffentlich mit deutscher Beteiligung!

Abstimmungen zu weiteren Spielübertragungen sind noch möglich unter
→ www.events-gladbeck.de

Rund um die Spielübertragungen gibt es ein buntes Rahmenprogramm in der Innenstadt und im Stadion.

Los geht's mit dem „Ballzauber“ am Samstag, 10. Juni von 11 Uhr bis 15 Uhr auf dem

Willy-Brandt-Platz. Kinder aus Gladbecker Fußballvereinen führen ihre Ballkünste vor. Zusätzlich gibt es Torwandschießen und Speed-Kick. Veranstaltet wird der „Ballzauber“ vom Stadtsportverband und der Stadt Gladbeck.

Eine Woche später, am Sonntag, 18. Juni, findet mit Unterstützung der Stadtparkasse Gladbeck von 8 Uhr bis 18 Uhr der **Sparkassen-Cup** in Kombination mit der **Familiade** im Stadion Wittringen statt. 10 Stunden lang wird eine interessante Mischung für talentierte Nachwuchsfußballer kombiniert mit einem riesigen Angebot für die gesamte Familie stattfinden. Die Veranstaltung wird schon zum 6. Mal im Gladbecker Stadion durchgeführt und erreicht im WM-Jahr natürlich ihren Höhepunkt.

„Fun-Soccer“ lautet das Motto am Samstag, 24. Juni, von 11 Uhr bis 15 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz. Prominente, Rat, Verwaltung, Vereine und Verbände messen zusammen mit interessierten Firmen vor dem

Rathaus ihre fußballerischen Kräfte. Für Überraschungen und ein unterhaltsames Programm ist gesorgt. Außerdem gibt es wieder Torwandschießen und Speed-Kick.

Zur Einstimmung auf das große Finale findet am Sonntag, 9. Juli, von 14 Uhr bis 20 Uhr auf dem Platz vor der Stadthalle eine **große Torwart-Show** statt. Auf einer aufblasbaren Plattform und unter Fun-Bedingungen können berufene Talente zeigen, was einen wirklich guten Torwart ausmacht. „Flying-Keeper“ heißt die Veranstaltung und ist ein großer Spaß für alte und junge Fußballfans. Zusätzlich gibt es wieder Torwandschießen und Speed-Kick.

Noch bis zum 18. Juni findet in der Stadtbücherei die diesjährige stadtgeschichtliche Sonderausstellung über die Gladbecker Fußballszene statt. „Wie das runde Leder nach Gladbeck kam“ heißt die Ausstellung und zeigt Gladbecker Fußball von den Anfängen bis Ende der 60er Jahre.

„Rund um die Spielübertragungen gibt es ein buntes Rahmenprogramm in der Innenstadt und im Stadion.“



Sportausschussmitglied Georg Laacks beim Sparkassen-Cup im Stadion. Auch 2006 wieder dabei: am 18.06. und 24.06.

Eine wichtige Entscheidung für die Region!

Zum Leserbrief "Es herrscht Unredlichkeitskultur" sowie zum Kommentar von Kumpel Egon im Stadtspiegel vom 26. April 2006 nimmt Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Stellung:

Glücklicherweise repräsentieren so destruktive Leserbriefschreiber wie Herr Bogumil nur eine kleine Minderheit in Gladbeck und im Ruhrgebiet. Da wird eine für die Region außerordentlich wichtige Entscheidung zuerst heruntergeredet und dann mit diversen gesellschaftlichen Problemen kräftig verrührt. Besonders absurd ist in diesem Zusammenhang der Exkurs zu rassistischen Vorfällen: Das Ruhrgebiet als Schmelztiegel vieler unterschiedlicher Kulturen war eine der zentralen Botschaften der Kulturhauptstadtbewerbung und die Beteiligung von Migrantenkultur wird wichtiger Bestandteil der Arbeit für 2010 sein.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Die Vergabe des Titels an Essen und das Ruhrgebiet ist aus vielerlei Gründen bedeutsam:

1. Allen bisherigen Imagekampagnen zum Trotz beherrschen nach wie vor hartnäckige Vorurteile das Bild vom Ruhrgebiet. Wer etwa in Bayern oder an der Ostsee verlauten lässt, dass er aus dem "Pott" kommt, muss damit rechnen, dass



Mario Herrmann
ist Vorsitzender der
Ratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck.

sein Gegenüber nach Kohlenstaub unter den Augen und Fingernägeln sucht. Ein Jahr im Fokus der Medien zu stehen, kann die Außensicht auf unsere Region nachhaltig positiv beeinflussen!

2. Wie viele große Städte preisens sich dafür, EIN Theater, EIN Konzerthaus etc. zu haben! Wir haben hier auf engstem Raum Dutzende hochklassiger Kultureinrichtungen aus allen Sparten. Das Kulturhauptstadtjahr kann dazu beitragen, diese Vielfalt weit über die Grenzen NRW hinaus bekannt zu machen. Ich habe auch den Eindruck, dass dieser kulturelle Überfluss gelegentlich den hier lebenden Menschen vor Augen geführt werden muss. Für viele ist dieser Vorzug unserer Region so selbstverständlich, dass sie sich ihres Privilegs gar nicht bewusst sind.

3. Ohne das Hauptstadtjahr stünden angesichts leerer öffentlicher Kassen in den nächsten Jahren zahlreiche Kultureinrichtungen und Industriedenkmale zur Disposition. Die Mittel, welche nun aus Land, EU und Wirtschaft zusätzlich in die Region fließen,

werden vielen Kulturschaffenden eine Atempause beschere-

ren. 4. Der Titel wird auch Arbeitsplätze schaffen. In Weimar etwa stiegen im Kulturhauptstadtjahr die Übernachtungszahlen um über 50 Prozent an. Sie gingen danach zwar wieder um 22 Prozent zurück, sind aber dauerhaft deutlich höher als zuvor. Und während die Fußball-WM (deren Bedeutung ich gar nicht klein reden möchte) uns 30 Tage in den Blickpunkt rücken wird, dauert die Kulturhauptstadtzeit 365 Tage! Gerade wirtschaftlich schwierige Regionen wie Glasgow oder Lille sind heute noch dankbar für die positiven Auswirkungen des Titels.

Kumpel Egon hat natürlich Recht, wenn er anmahnt, dass sich die Stadt Gladbeck aktiv in den nun beginnenden Planungsprozess für 2010 einbringen muss. In den nächsten Monaten wird sich - wie bei großen Events üblich - eine Gesellschaft mit allen Beteiligten, also dem Land NRW, dem Regionalverband Ruhr, der Stadt Essen und den Sponsoren aus der Wirtschaft gründen. Es wird darauf ankommen, dass dort auch die kleineren Akteure mit ihren Ideen offene Ohren finden.

Ich bin sicher: Gladbecker Kulturverwaltung und Kulturszene werden sich diese Chance nicht entgehen lassen!



„I LOVE RUHRGEBIET“

„Das Ruhrgebiet als Schmelztiegel vieler unterschiedlicher Kulturen war eine der zentralen Botschaften der Kulturhauptstadtbewerbung!“



Die wichtigsten Klicks in die Kulturhauptstadt:

→ [Kulturhauptstadt 2010](#)

→ [Kultur im Ruhrgebiet \(KIR\)](#)

→ [I Love Ruhrgebiet](#)

→ [Welcome Europe](#)

→ [Kultur in Gladbeck](#)

Offener Brief an Minister Olli Wittke!

Lieber Olli,

bei Deinen Reden vor Gladbecker Publikum betonst Du gerne, dass Du in unmittelbarer Nachbarschaft zu unserer schönen Stadt wohnst und Du schneller im Gladbecker als im Gelsenkirchener Rathaus seist. Ja, wäre da nicht die Bundesstraße 224, die den flotten Nachbarschaftsausflug ins Rathaus jedes Mal zur Stotterpartie abbremst würde. Deinen Ärger können wir gut nachvollziehen, lieber Olli, zumal da Du jetzt – wo Du endlich seit einem Jahr Minister bist, nachdem Du als Bürgermeister von Gelsenkirchen Deiner Stadt bundesweit zu einem hervorragend schlechtem Image verholfen hast – jeden Morgen mit Deinem Dienstwagen auf dem Weg in die Landeshauptstadt eben auf dieser Bundesstraße im Stau stehst.

Jetzt liegt es also in Deiner Hand, Olli. Schließlich bist Du der Minister für Verkehr und kannst dafür Sorge tragen, dass dieser auch fließt. Dumm nur, dass das Land, das Du mitregierst, so gut wie pleite

ist. Aber das kennst Du ja aus Deiner Zeit als Oberbürgermeister, als Du den schwarzen Peter regelmäßig in Richtung Berlin geschoben und dort mehr Geld verlangt hast. Letztendlich ist es legitim, wenn Bundesautobahnen auch aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Das hast Du wirklich prima hinbekommen. Wären da nicht die lästigen Gladbecker Bürgerinnen und Bürger, die an ihre Landesregierung abwegige und überzogene Forderungen nach Schutz vor Lärm und Abgasen, nach Erhalt und Pflege des Stadtgefüges und einem sorgsamem Umgang mit ihren Naherholungsräumen stellen. Du wärst nicht der Mann der klaren Worte, den wir kennen, Olli, wenn Du mit diesen Forderungen nicht umzugehen wüsstest. Wer sich ein heiles Wohnumfeld wünscht, der kann nur Extremist sein. Denn freie Bürger, das ist ja bekannt, wünschen sich freie Fahrt – auch wenn sich auf dem Weg dazwischen Mal eine Stadt quer legt. Gut gemacht, Olli, denn mit Extremisten braucht sich wahrlich selbst und erst Recht ein Minister nicht auseinander

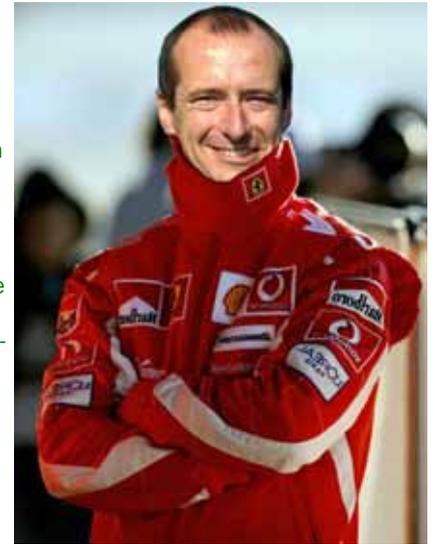
zu setzen.

Du weißt natürlich, dass man als Minister zwischen Zuckerbrot und Peitsche gut austarieren muss. Deine lobenden Worte waren also das richtige Balsam für die geschundene Wunde, die der Gedanke an eine vierspurige Autobahn in die Stadt zu reißen drohte. Auf unsere Wohnraumpolitik können wir Gladbecker schließlich zu recht stolz sein. Ein Lob ist hier von Dir als Nachbar völlig gerechtfertigt. Als guter Redner weißt Du, dass kleine Anekdooten auch den langweiligsten Vortrag auflockern können. Deine Geschichte, wie Du als Bub mit dem Fahrrad regelmäßig von Buer nach Wittringen geradelt bist, war wirklich rührend. Hör also nicht auf die Miesmacher, die Dir Vorwerfen, eine Autobahn quer durch die Stadt würde jede Wohnraumpolitik konterkarieren, da damit ein Stück der städtischen Attraktivität verloren ginge. Hör nicht auf die Querulanten, die rumstänkern, dass die Kinder zukünftig nicht mehr mit dem Rad nach Witttringen fahren könnten, weil der Naherholungsraum durch die Autobahn abgeriegelt und durch ein riesiges Autobahnkreuz verlärmte würde. Das sind schließlich nur die üblichen Extremisten.

Als Mann des Volkes lass Dich lieber auf die Wette mit dem Wirtschaftsverband ein, der Dir für jeden Tag, den Du für Deine Autobahnplanung länger als angekündigt benötigst, einen Ziegelstein verspricht und Dir androht, mit diesen eine Mauer in Deinem Büro zu errichten. Dieser Drohung kannst Du locker entgegen sehen, denn eine Mauer, lieber Olli, hast Du doch längst: die Mauer in Deinem Kopf.

Liebe Grüße

Deine Grünen



Olli Wittke setzt auf Schnelligkeit!



Grüne „Extremistinnen“ nehmen ihr Demonstrationsrecht wahr: Sie skandieren „A52 – Jetzt gibt's was auf den Deckel!“ und „A52 – Oben ohne is nich, Oli!“

„Wer sich ein heiles Wohnumfeld wünscht, der kann nur ein Extremist sein!“

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



Greenplease-Archiv

In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ [zum Archiv](#)

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Verbraucherschutz weiter stärken

„Wir müssen uns weiter für Verbraucherrechte stark machen!“. Das war eine der Botschaften, die Simone Steffens und Bernd Lehmann aus einem Meinungsaustausch mit der Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn mitnahmen.

Auf Einladung der Vorsitzenden des Bundesverbraucherausschusses waren die beiden Gladbecker Grünen nach Berlin gereist und besuchten dort unter anderem das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie die Parteizentrale von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Heftige Kritik äußerte MdB Höhn an dem von Minister Seehofer (CSU) vorgelegten „Verbraucherschutzgesetz“. Das Gesetz Dieses Gesetz enttäusche die Erwartungen an bessere Verbraucherinformati-
onsrechte und offenbart die Unzulänglichkeit der großen Koalition in der Verbraucher-

politik. Durch unklare Formulierungen, mangelnde Transparenz, bürokratische Vorschriften und zu lange Antwortfristen werde ein Schutzwall um die Unternehmen gebaut, anstatt den Bürgerinnen und Bürgern zu Produktinformationen zu erleichtern. Die Hauptkritikpunkte fasste die Bundestagsabgeordnete wie folgt zusammen:

- Keine Informationsherausgabe und Namensnennung bei bestimmten Schadstoffen, zum Beispiel der Druckchemikalie ITX, Acrylamid oder Mehrfachpestizidbelastungen von Obst und Gemüse
- Kein Informationsanspruch und keine Informationspflicht durch die Behörden bei wirtschaftlicher Täuschung, zum Beispiel bei Verschleierung der Herkunft von Produkten oder bei Umkettierung von importierten Sportartikeln oder Medikamenten in deutsche Ware
- Kein Informationsanspruch

bei Produkten und Dienstleistungen, wie zum Beispiel bei Finanzdienstleistungen

- Kein Informationsanspruch gegenüber Unternehmen

Dabei hätten die Koalitionsfraktion den grünen Gesetzesentwurf vom Dezember 2005 zur Vorlage nehmen können.



Im Berliner Paul-Löbe-Haus v.l.n.r.: Bernd Lehmann, Stadtverbandssprecher und Rats-
herr, MdB Bärbel Höhn u. Simone Steffens, Mitglied im Jugendhilfeausschuss